



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

139 • CH September 2013 AZB 3001 Bern

Zvonimir Pisonic/freshfocus/bearbeiter/KB



Nicht ohne bessere Leitplanken

Die SP fordert einen Ausbau der flankierenden Massnahmen – auf dem Arbeitsmarkt und neu auch in den Bereichen Wohnungsmarkt und Bildung. Nationalrätin Marina Carobbio erklärt, warum die SP die Weiterführung der Personenfreizügigkeit andernfalls nicht unterstützen wird.

Seiten 2 und 3

JUBILÄUM



Die SP Schweiz hat zum **Geburtstagsfest** eingeladen und ihr seid zahlreich erschienen. Lasst eure Erinnerungen hochleben mit Impressionen vom Fest.

Seiten 4 und 5

AKTUELL



Wir brauchen keine neuen Kampfjets!
Die SP ergreift gemeinsam mit einer breiten Allianz das Referendum gegen den Gripen.

Seite 8

KAMPAGNE



In einem Monat ist es so weit, mit **1:12** können wir Lohnexzesse endlich stoppen. Dafür haben sich SPler und JUSOs mit über 20000 Telefonaten ins Zeug gelegt.

Seite 14

«Die bisherigen Massnahmen g

Die Personenfreizügigkeit ist dank der flankierenden Massnahmen ein Gewinn für die Schweiz. Damit sie aber zu einem Gewinn für alle wird, fordert die SP eine Verstärkung dieser Massnahmen. Marina Carobbio, Tessiner Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz erklärt, warum die bisherigen nicht mehr genügen und welche Konsequenzen die SP im Ernstfall ziehen würde. Interview: Lisa Schädel

«links»: Der Bundesrat möchte die Personenfreizügigkeit auf Kroatien ausdehnen. Wie steht die SP dazu?

Marina Carobbio Guscetti: Wir anerkennen, dass die Personenfreizügigkeit in gewissen Sektoren ein Gewinn ist für die Schweiz. Das Problem ist aber, dass sie von einigen Arbeitgebern und Vermietern missbraucht wird. Es gibt Teile der Bevölkerung und bestimmte Regionen, die benachteiligt sind. Die realen Löhne stagnieren, während die Mieten und Krankenkassenprämien weiter steigen, es kommt zu Lohndumping, wovon häufig Frauen betroffen sind. Ohne eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen kann man diese Erweiterung der Personenfreizügigkeit deshalb nicht unterstützen. Das Problem ist nicht die Erweiterung auf Kroatien an sich. Das Problem liegt vielmehr darin, dass wir eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen brauchen, um die Personenfreizügigkeit überhaupt weiterzuführen. Denn das Parlament hat es verpasst, Antworten auf die echten Probleme der Bevölkerung zu geben.

Wieso braucht es eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen (siehe auch Kasten rechts, Anm. der Red.)?

Mit den bisherigen flankierenden Massnahmen haben wir bereits etwas zum Schutz der Arbeitnehmenden erreicht. Aber diese genügen nicht mehr. Wir wollen deshalb die «flankierenden Massnahmen Plus» (FLAM+). Das bedeutet mehr Massnahmen im Arbeitsmarkt, Massnahmen im Wohnbereich und im Bildungsbereich, wo es im Moment keine gibt, und in der Standortpolitik. Auf dem Arbeitsmarkt sehen wir, dass es in den Grenzregionen zu einem immer stärkeren Verdrängungseffekt kommt. Nicht mehr nur in den klassischen Tieflohnbranchen, sondern vermehrt auch in anderen Sektoren. Es wird Lohndumping betrieben, indem Ausländer – im Tessin vor allem Grenzgänger – zu schlechten Bedingungen angestellt werden. Das geht nicht! Wir wollen aber nicht die Ausländerzahl begrenzen, wir wollen, dass alle gute und faire Löhne bekommen. Auf dem Wohnungsmarkt etwa haben sich die Probleme ausgeweitet. Die Mieten

steigen, insbesondere in den Städten und den Agglomerationen, weshalb wir den gemeinnützigen Wohnungsbau verstärken und den Mieterschutz ausbauen wollen. Im Bereich Bildung brauchen wir eine Offensive, um vor allem im Gesundheitssektor und den technischen Berufen mehr eigene Fachkräfte auszubilden. Und wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Eltern erwerbstätig bleiben können. Diese Themen müssen in der Diskussion zur Personenfreizügigkeit aufgegriffen werden und wir wollen auch wirklich Antworten auf diese Probleme.

Weshalb braucht es spezielle Massnahmen für die Grenzregionen, also die Kantone Tessin, Jura und Genf?

Die bisherigen flankierenden Massnahmen sind ungenügend. In den Grenzregionen ist die Situation schwieriger als anderswo, auch wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation in den umliegenden Ländern. Man sieht, dass es aufgrund von Lohndumping klare Verdrängungseffekte gibt. Aber daran sind nicht die Arbeitnehmer schuld. Die Schuld tragen

«Wir wollen nicht die Ausländerzahl begrenzen, wir wollen, dass alle gute und faire Löhne bekommen.»

die Arbeitgeber, die Arbeitnehmende zu Dumpinglöhnen anstellen.

Haben alle diese Forderungen den gleichen Stellenwert für die SP?

Grundsätzlich ja. Mit diesen Forderungen sagen wir, was wir erreichen wollen und worüber der Bundesrat und die Parteien eine Diskussion führen müssen. Wir wollen, dass man auf diese Themen eine Antwort gibt. Wir brauchen diese innenpolitischen Reformen, damit die Öffnung der Schweiz allen und nicht nur ein paar wenigen etwas bringt.

Wie ernst ist es der SP mit Drohung, die Personenfreizügigkeit nicht weiter zu unterstützen?

Es ist uns ernst. In unserem Positionspapier, das wir am 26. Oktober den Delegierten vorlegen, halten wir fest, dass wir die Weiterführung der Personenfreizügigkeit bei dieser Abstim-



mung zu Kroatien nicht unterstützen werden, wenn unseren Forderungen nicht Rechnung getragen wird. Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Ohne Antworten auf diese Fragen wird die Mehrheit der Bevölkerung diese Erweiterung nicht unterstützen.

Bei der Abstimmung im Parlament geht die SP also im schlimmsten Fall eine unheilige Allianz mit der SVP ein, um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu verhindern?

Die SVP will die Zuwanderung begrenzen, sie will Einheimische und Ausländer gegeneinander ausspielen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass gute Bedingungen – also faire Mietpreise, Mindestlöhne und gute Arbeitsbedingungen – für alle gelten, nicht nur für die Schweizerinnen und Schweizer. Die Position der SP ist deshalb eine ganz andere. Die SVP hat die flankierenden Massnahmen nie unterstützt. Für uns sind diese wirklich eine Bedingung sine qua non. Dort liegt ein grosser Unterschied.

Wenn die Personenfreizügigkeit fällt – als mögliche Konsequenz einer Ablehnung der Ausdehnung auf Kroatien –, würden auch die

«Genügen nicht mehr»



«Das Konzept der Personenfreizügigkeit ist eine gute Sache», hält Marina Carobbio fest.

bereits bestehenden flankierenden Massnahmen wegfallen. Will die SP das riskieren?

Ein Nein zu Kroatien bedeutet nicht, dass es automatisch zur Kündigung kommt. Die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Abkommen müssen dann neu diskutiert werden. Dann wird man mehr machen müssen für die Arbeitnehmenden, für den Wohnungsmarkt, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Bildung. Ich glaube nicht, dass einfach alle diese Massnahmen fallen würden. Denn es sind Massnahmen, die wir in Gesetzen haben, die bereits entschieden sind. Natürlich gibt es eine Verknüpfung, aber wir können diese Massnahmen sowieso weiterführen. Mindestlöhne zum Beispiel können wir auch so einführen. Darüber werden wir abstimmen, unabhängig von der Personenfreizügigkeit.

Erwartest du parteiintern kritische Stimmen, etwa von der Basis an der DV oder in der Fraktion?

Klar, es gibt Leute, die sogar härter sein woll-

ten. Leute, die jetzt schon nein sagen würden zur Personenfreizügigkeit. Ich bin aber wie die Geschäftsleitung der Meinung, dass wir diese Möglichkeit jetzt nutzen müssen, eine Verstärkung der flankierenden Massnahmen zu fordern und diese Probleme anzugehen. Es gibt auch Leute, die sagen, wir können nicht bis zu einem Nein gehen. Das wird eine breite Diskussion geben. Aber ich finde es positiv, dass wir das diskutieren können.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die SP die Personenfreizügigkeit weiterführen möchte, wenn die flankierenden Massnahmen ausgedehnt werden?

Ja, ich glaube, das ist wichtig. Wir sind nicht für die Schliessung der Grenzen. Ich finde, es ist eine gute Sache, dass die Leute die Möglichkeit haben, sich frei zu bewegen und in einem anderen Land eine Arbeit zu finden. Das Konzept der Personenfreizügigkeit, dieses Freiheitsrecht, ist eine gute Sache. Deshalb braucht es diese flankierenden Massnahmen Plus.

FLAM+: Worum geht's?

Die Personenfreizügigkeit erlaubt es allen Erwerbstätigen aus der Schweiz und den EU/EFTA-Staaten, ihren Arbeitsplatz europaweit frei zu wählen. Damit dieses Freiheitsrecht aber ein Gewinn für alle und nicht nur für ein paar wenige ist, hat die SP zum Schutz unserer sozialen Errungenschaften seit jeher gleichzeitige flankierende Massnahmen gefordert. Im Arbeitsmarkt wurden verschiedene Massnahmen bereits umgesetzt, allerdings reichen diese nicht mehr aus. Ausserdem besteht weiterer Handlungsbedarf in den Bereichen Wohnungsmarkt und Bildung. An der DV vom 26. Oktober wird das neue Positionspapier zur Personenfreizügigkeit, welches sechs konkrete Forderungen enthält, vorgestellt und diskutiert. Gemäss dem Papier wird die SP die Weiterführung der Personenfreizügigkeit in der Abstimmung über deren Ausdehnung auf Kroatien nur dann unterstützen, wenn diesen **Forderungen** Rechnung getragen wird.

Arbeitsmarkt

Mindestlöhne: Mindestlöhne sowie allgemein verbindliche Gesamtarbeitsverträge (GAV) zur Verhinderung von Lohndumping.

Sondermassnahmen für die Grenzregionen: Insbesondere in den Kantonen Tessin, Genf und Jura ist es zu einem massiven Lohndruck gekommen. Es braucht verstärkte Kontrollen gegen Lohndumping sowie weiter reichende Kompetenzen der Tripartiten Kommissionen.

Wohnungsmarkt

Kosten- statt Marktmieten: Mehr Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Sicherstellung von preiswertem Wohnraum.

MieterInnenschutz durch Transparenz: Mitteilungspflicht des bisherigen Mietpreises an die NeumieterInnen.

Begrenzung der Anfangsmieten: Beschränkung der Anfangsmieten in bestimmten Regionen bei Mieterwechsel.

Bildung

Fachkräfteinitiative und Arbeitsmarktintegration: Die Schweiz muss insbesondere in den technischen Berufen und im Gesundheitswesen genügend Arbeitskräfte selbst ausbilden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss erhöht werden, ausserdem muss älteren Menschen und hier ansässigen MigrantInnen eine bessere Arbeitsmarktintegration ermöglicht werden.

STANDPUNKT



Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin

I ghöre derzue

«Und de dänken i albe doch wider: lue s'ghört dä und dise ja ou no derzue Und de ghören i doch wider gärn derzue Und i sta derzue.»

An das eingängige Lied von Mani Matter hat mich die tolle Rückmeldung einer Genossin während dem Fest zum 125. Geburtstag der SP erinnert: Ich bin stolz, dass ich dazugehöre! Ja, wir können stolz sein, dass wir einer Partei angehören, deren Gründerinnen und Gründer mit ihren visionären Forderungen Anfang des 20. Jahrhunderts nach einer 48-Stunden-Woche, dem Proporzwahlssystem, dem Frauenstimmrecht oder der AHV die Grundsteine für die moderne Schweiz gelegt haben. Wir können stolz sein, dass wir dank der SP heute gute öffentliche Schulen und ein ausgebautes öV-Netz haben. Dass wir dank der SP eine Mutterschaftsversicherung haben, dass Seen, Flüsse und die Luft mehrheitlich wieder sauber sind und der Alpenraum vor weiterer Zubetonierung geschützt werden konnte.

Und trotzdem liegen wir nicht in Stolz erstarrt auf der faulen Haut. Denn unsere Urenkel sollen am 200. Geburtstag der Partei ebenfalls stolz zurückblicken können. Darauf, dass es dank der SP gelungen ist, die Energiewende zu realisieren, die Zersiedelung zu stoppen, eine öffentliche Krankenkasse einzuführen und gerechte und gute Löhne für alle durchzusetzen. Lasst uns also ein bisschen stolz sein in diesem Jubiläumsjahr – denn das dürfen wir und das lassen wir uns von niemandem nehmen. Seien wir stolz und packen wir die anstehenden Herausforderungen motiviert und entschieden an. Denn in 75 Jahren sollen unsere Urenkel am Fest auch denken oder singen können: Mir hei e Verein, i ghöre derzue – und i stah derzue!

Schön war's!

Über 3000 Mitglieder und FreundInnen der SP haben am 7. September das 125-Jahre-Jubiläum der SP Schweiz in Bern gefeiert. Wir haben gegessen und gelacht, gespielt und geklatscht, zugehört und angestossen, diskutiert und getanzt. Das Fest ist vorbei, aber die Bilder werden uns noch lange in Erinnerung bleiben. Danke, dass ihr dabei wart! Weitere Fotos vom Fest findet ihr unter: www.125jahresp.ch (Fotos)





Der Sankt Galler Streit um die

Nicht immer war das Verhältnis zwischen der SP und den Gewerkschaften gut. So auch in Sankt Gallen im Zeitraum von 1985–1995, wo der Streit exemplarisch die Veränderungen innerhalb der SPS nach 1968 aufzeigt.

Die kantonalen Wahlen von 1972, an denen erstmals auch die Frauen teilnehmen konnten, brachten der SP eine herbe Niederlage. Ihre Vertretung im 180-köpfigen Grossen Rat (heute Kantonsrat) sank auf 21 Mandate, ein historisches Tief. Wie die Ostschweizer AZ feststellte, machten in den industriellen Bezirken mit hohem Fremdarbeiteranteil «viele linke Wählerinnen und Wähler einen Schwenker nach rechts». Aus dem Gefühl, zu den Verlierern des Wachstums zu gehören, gaben sie ihre Stimme den Republikanern von James Schwarzenbach, dessen Überfremdungsinitiative 1970 im Kanton wie in der übrigen Schweiz nur knapp verworfen worden war.

Diese Abwanderung von Arbeiterwählern und -wählerinnen markierte zugleich den Beginn einer tiefgreifenden Umstrukturierung: 1971 gehörten der Partei 2400 Mitglieder an, dann sank ihre Zahl bis 1986 auf 1600. Vor allem die Mitgliederzahlen der grossen Sektionen in den industriellen Zentren nahmen ab, während in den Agglomerationsgemeinden kleine neue Sektionen entstanden. Diese wurden in erster Linie von Angestellten, Intellektuellen und Beamten mit ökologischem Bewusstsein gegründet. Als Folge des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nahm deren Gewicht bei einer gleichzeitigen Verjüngung der Partei auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter zu; parallel erhöhte sich der Anteil der Frauen.



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint am 26. November die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/ «Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat Verlag. Es kann über die Webseite www.redboox.ch zum Buchhandelspreis von Fr. 68.– bestellt werden.

In enger Verzahnung mit nationalen und internationalen Themen und Entwicklungen wie dem Waldsterben (nach 1983), der «Fichen-affäre» (1988/89), dem Zusammenbruch des Ostblocks (1990/91) und der europäischen Einigung griffen die meist gut ausgebildeten und jüngeren Mitglieder neue Themen auf, so den Umweltschutz, den Feminismus, die Situation der Dritten Welt, die Friedensarbeit und den Ausstieg aus der Kernenergie. Mit diesen Zielen stiessen sie mit der alten Basis der Partei aus der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft zusammen, die in der Hochkonjunktur für Vollbeschäftigung und einen steigenden Lebensstandard gekämpft hatte.

Der Kantonale Gewerkschaftsbund reagierte empört und erklärte die besonderen Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei für beendet.

Das Bündnis von Partei und Gewerkschaften zerbricht

Zum offenen Bruch zwischen den «Pragmatikern» und den «Ökosozialisten» kam es, als im Herbst 1985 nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden des allseits geachteten Florian Schlegel (1935–1993) überraschend der linkskritische Fraktionsführer im Grossen Rat, Rechtsanwalt Rolf Vetterli (*1943), zum Kandidaten für die Wahlen in die Regierung erkoren wurde und damit das Rennen gegen Alt-Nationalrat Hans Schmid (*1935) deutlich gewann. Auf die Niederlage seines Kandidaten reagierte der Kantonale Gewerkschaftsbund «empört» und erklärte «die besonderen Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei» für beendet.

Wenige Tage später nominierte ein «Komitee für eine alternative Regierungsratswahl» den langjährigen Gewerkschaftssekretär Toni Falk (1928–1998) als Kampfkandidaten. Falk verstand sich als gemässigter Vertreter von Arbeitnehmeranliegen. Er hob vor allem seine Verdienste um die 1981 durchgeführte Sanierung der Ostschweizer AZ hervor. An einer tumultartig verlaufenen Delegiertenversammlung erhielt er knapp die offizielle Unterstützung des Kantonalen Gewerkschaftsbundes.

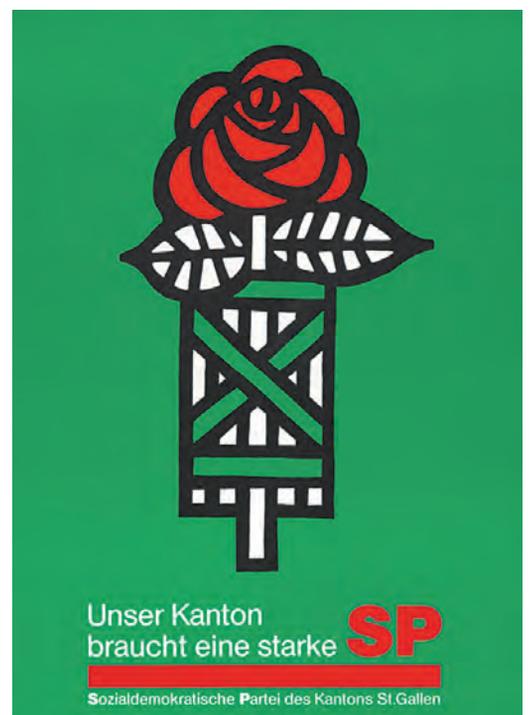
Nachdem Rolf Vetterli wegen seiner Unterschrift für die GSoA-Initiative «Schweiz ohne Armee» unter massivem Druck der bürger-

lichen Parteien hatte ausscheiden müssen, schlug die SP ihren Präsidenten Walter Ammann (*1946) als neuen Kandidaten vor. In der Ersatzwahl von Ende Oktober erreichte Falk, offiziell unterstützt von den Freisinnigen, zwar die meisten Stimmen, verfehlte aber das absolute Mehr deutlich.

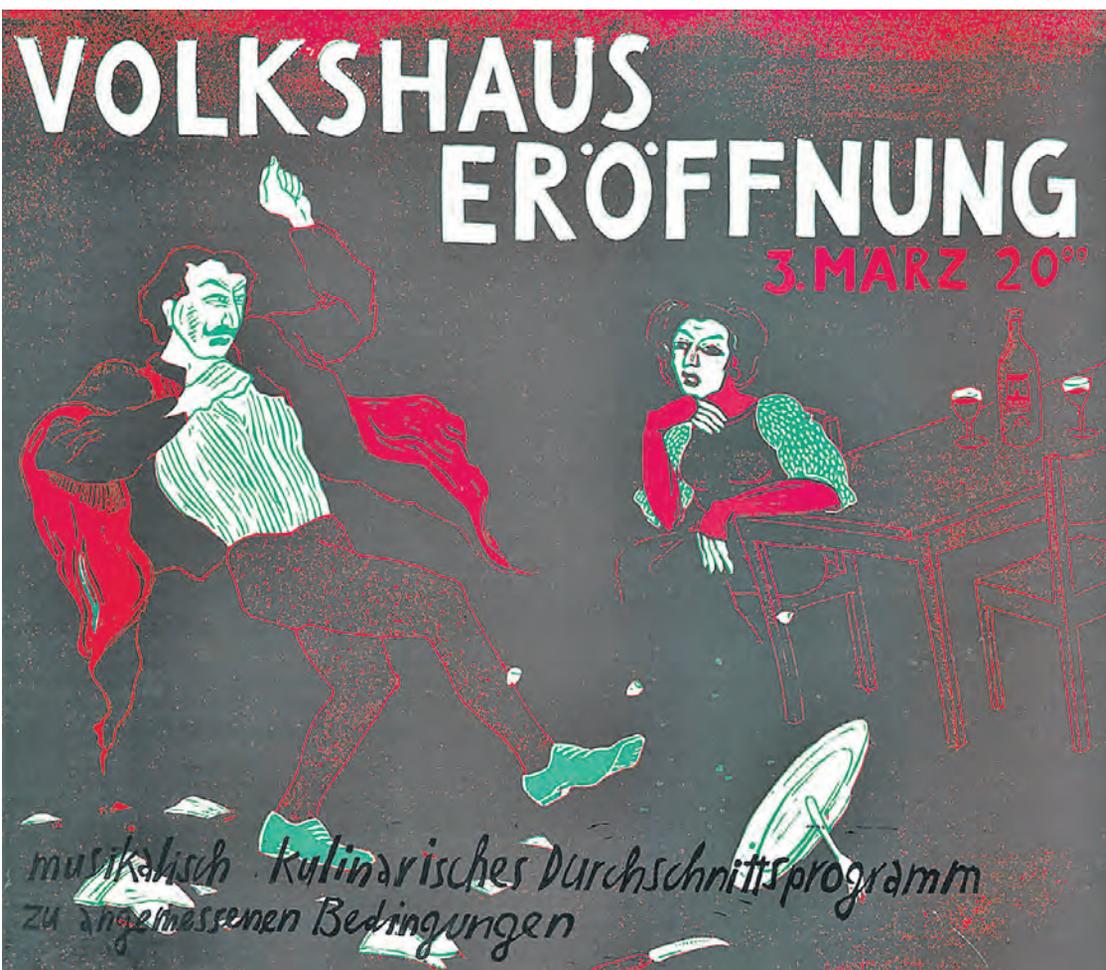
Dank der anschliessenden Nomination von Nationalrat Hans Rohrer (*1936), der sich den Delegierten als «gemässigter Sozialdemokrat» präsentierte, bei gleichzeitigem Verzicht von Ammann und Falk, konnte der Riss zwischen «gemässigten» und «linkskritischen» Kräften einigermaßen gekittet werden. Hans Rohrer wurde im Januar 1986 zum neuen Regierungsrat gewählt. Zugleich übernahm der junge

Jurist Paul Rechsteiner (*1952) das Mandat Rohrers im Nationalrat.

Der Friede war aber von kurzer Dauer. In den Kantonsratswahlen 1988 und 1992 traten Teile der Gewerkschaften im Bezirk St. Gal-



politische Ausrichtung



len mit einer eigenen Liste an. Mit deutlicher Spitze gegen ökologische Parteianliegen verkündete die Gruppierung «Gewerkschaftsbund, unabhängige Arbeitnehmer, Mieter und Rentner», dass «die Verteufelung der Automobilisten» aufhören müsse. Obwohl auf eigener Liste gewählt, gehörten die beiden Kantonsräte Toni Falk und Werner Wälti (*1930) weiter der SP-Fraktion an.

«Ein Falke gegen Linke»

Neues Streitobjekt wurde das Volkshaus an der Lämmlisbrunnstrasse, das 1898/99 als erstes Volkshaus der Schweiz durch den Arbeiterbildungsverein errichtet und 1977 umfassend renoviert worden war. Nachdem 1990 ein «Kollektiv junger Leute» die Pacht des Gewerkschaftsrestaurants übernommen hatte, kam es mit der Volkshausgenossenschaft um die Nutzung der Säle zum Zerwürfnis. Nach Ansicht des Genossenschaftsvorstandes wurden die Sitzungszimmer zweckentfremdet und den Gewerkschaften standen zu wenige Räume zur Verfügung.

Genossenschaftspräsident Toni Falk kündigte darauf den bis Februar 1994 abgeschlossenen Vertrag, was massive Kritik auslöste. Das Begehren von rund 80 linken Gewerkschaftern und SP-Mitgliedern, in die Genossenschaft aufgenommen zu werden, um die beliebte «Kollektivbeiz» zu erhalten, wurde vom Vorstand als «feindliche, überfallmässige Übernahme» abgelehnt. Gleichzeitig nahm die Genossenschaft über 100 neue Mitglieder «aus dem Umfeld der Vorstandsmehrheit» auf. Der Rheintaler GBI-Sekretär Ueli Stoffer bezeichnete das Vorgehen der Genossenschaft unter Leitung Falks als «politischen Willkürakt» und nannte dessen Vorgehen «eine Strategie der persönlichen Machtsicherung auf Kosten der ganzen Gewerkschaftsbewegung.»

Das Engagement und die Kritik aus anderen Teilen der Gewerkschaftsbewegung blieben ohne Wirkung auf den Geschäftsführer des St. Galler Gewerkschaftsbundes. Falk warf seinen Kritikern vor, sie «wollten den Gewerkschaftsbund einpacken und an die SP binden», dabei müsse man die SP-Mitglieder in der Gewerk-

schaft «mit der Lupe suchen». Gestärkt durch die Neuaufnahme linientreuer Mitglieder, strich die Volkshausgenossenschaft ein Jahr später die Verpflichtung zur Führung eines «Wirtschaftslokals» aus den Statuten und hielt an der Kündigung fest. Als die SP-Kantonsratsfraktion darauf beschloss, die Zusammenarbeit mit Falk zu suspendieren, traten die Gewerkschaftsvertreter aus der Fraktion aus.

Im Mai 1993 reisten die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften, Christiane Brunner, Walter Renschler und Vasco Pedrina, zur Vermittlung nach Sankt Gallen. Volkshaus-Besucher empfangen sie dort mit Plakaten: «Christiane, Vasco und Walter, rettet das Volkshaus.» Das Treffen endete ohne greifbare Resultate. Toni Falk hielt an seiner Position fest, das Volkshaus für die Gewerkschaften zurückzuholen und es nicht zum «Klubhaus des rot-grünen Kuchens» werden zu lassen.

Auch eine von 448 Personen unterzeichnete Petition an den Vorstand der Volkshausgenossenschaft im Januar 1994, den Betrieb mit dem «gegenwärtigen Wirtekollektiv» weiterzuführen, blieb ohne Erfolg. Die Volkshausgenossenschaft übergab das Restaurant im März an einen neuen Pächter, während das «Volkshausteam» 1996 in die «Hintere Post» einzog, die sich in den folgenden Jahren zum neuen Treffpunkt der sanktgallischen Linken entwickelte.

Nach dem vollzogenen Generationenwechsel verlor der Konflikt mit den Gewerkschaften unter dem Eindruck fortschreitender Globalisierung und dem Aufstieg der SVP im Kanton St. Gallen rasch an Bedeutung. Der «öko-soziale» Kurs, um den in den 1980er- und 1990er-Jahren hart gestritten worden war, wurde zur selbstverständlichen Grundlage der Partei- und Gewerkschaftsarbeit.

Von **Max Lemmenmeier**. Er ist Mitautor beim Jubiläumsbuch «Einig – aber nicht einheitlich».

Reine Geldverschwendung

Geht es nach dem Parlament, soll die Schweiz 22 neue Kampffjets beschaffen. Kostenpunkt: 3,126 Milliarden Franken, Notwendigkeit: 0,0. Die SP wird in einer breiten Allianz das Referendum gegen diese eklatante Verschleuderung von Steuergeldern ergreifen.

Die Schweiz ist keine Insel der Glückseligkeit – Bedrohungen und Risiken bestehen durchaus, doch sind diese je länger, desto weniger militärischen Ursprungs. Die Schweiz ist von Freunden umzingelt. Der Kampffjet Gripen aber soll in einem grossen Krieg in Europa eine autonome Landesverteidigung sicherstellen. Ein solches Szenario ist derart unwahrscheinlich, dass es geradezu absurd ist, dafür Milliarden von Franken aufzuwenden, welche später anderswo fehlen werden: bei der Bildung, im öffentlichen Verkehr oder bei der Wohnbauförderung.

Die Armee schantzt sich entgegen aller Rhetorik immer grössere Finanzmittel zu, bietet aufgrund fehlender Reformbereitschaft aber immer weniger eine taugliche Antwort auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen. 2009–2011 verfügte die Armee über einen Plafond von jährlich 4,1 Milliarden, aktuell sind es 4,5 Mrd. und ab 2016 sollen es 4,8 Milliarden werden. Ginge es nach der Parlamentsmehrheit, würde der Ausgabenplafond der Armee gar auf jährlich 5 Milliarden fixiert. Das ist unhaltbar und ohne Giga-Beschaffung kaum zu rechtfertigen – der Gripen kommt da also gerade recht: So unsinnig der Kauf ist, so gelegen kommt er, um ein überbordendes Armeebudget zu rechtfertigen.

Ein Nein zu neuen Kampffjets ist weder ein Nein zur Armee noch zur Luftwaffe, denn ein wirksamer Luftschirm ist auch ohne neue Jets gewährleistet. Die Schweizer Luftwaffe ist im internationalen Vergleich sehr gut gerüstet. Zur Erfüllung des Luftpolizei-Auftrags genügen die vorhandenen 33 F/A-18 längst. Die F/A-18-Flotte wurde ausserdem erst kürzlich für über 400 Millionen Franken technisch erneuert. Um die Erfüllung der luftpolizeilichen Aufgaben zu verbessern, braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit mit unseren



Nachbarn. Im Alleingang können wir unseren kleinen Luftraum mit vernünftigem Aufwand nicht schützen – da können neue Kampffjets nichts beitragen.

Der schwedische Kampffjet Gripen ist erst ein Papierflieger: Er existiert nur auf dem Papier. Dutzende Komponenten des Flugzeugs müssen erst noch entwickelt werden – ob er je zum Fliegen kommt, ist ungewiss. Die Schweiz muss aber 40 Prozent der Kaufsumme im Voraus bezahlen – das Risiko tragen die Steuerzahlenden.

Die neuen Jets machen viel Lärm, viel Lärm für nichts. Beim Start weist der Gripen eine rund dreimal höhere Schallintensität gegenüber dem Tiger F-5 auf. Das ist für die betroffenen

Standorte – Meiringen, Sion, Payerne und Emmen – unerträglich. Auf dem Spiel stehen neben der Lebensqualität der Bevölkerung auch Tausende von Arbeitsplätzen im Tourismus.

Papierflieger stürzen eher früher als später ab. Mit unserem Referendum helfen wir nach und sorgen dafür, dass der Gripen in der Schweiz nie abhebt. Wir zählen auf deine Unterstützung!



Evi Allemann ist Nationalrätin aus Bern und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission.

Leider kein Überraschungserfolg

Die nationalen Abstimmungen vom 22. September brachten für die SP wenig Anlass zur Freude. Nach einem sehr engagierten und umkämpften Abstimmungskampf reichte es beim Referendum gegen die Tankstellenshops nicht für einen Überraschungserfolg. Die bürgerliche Gegenseite wird nun Wort halten müssen: Sie hat bei jeder Gelegenheit betont, es gehe

bei der Abstimmung nur um die Sortimentsbeschränkungen von 24 Shops und um nichts anderes. Das bedeutet auch, dass die SP alle weitergehenden Vorstösse zur Ausweitung der Nacht- und Sonntagsarbeit vehement bekämpfen und vors Volk bringen wird.

Deutlich unter den Erwartungen blieb die Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht. Den Gegnern

geling es erneut, die Abstimmung zu einer Grundsatzfrage pro oder kontra Armee umzudeuten. Positiv in Erinnerung bleibt einzig das klare Bekenntnis zu einem starken Zivildienst, welches auch von bürgerlicher Seite im Abstimmungskampf mehrfach bekräftigt wurde.

Ein Lichtblick bot schliesslich das letztlich deutliche Ja zum neuen Epidemien-gesetz. Sachliche Argumen-

te waren doch stärker als Emotionen. Somit verfügt die Schweiz über ein modernes Gesetz, das dem Bund im hoffentlich nie eintretenden Fall einer globalen Krankheitswelle die nötigen Kompetenzen gibt, um schnelle und koordinierte Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen.

Michael Sorg, Medienverantwortlicher der SP Schweiz

1:12 – eine Kampagne für alle

«Gemeinsam für gerechte Löhne» – unter diesem Motto sind wir anfangs September in den Abstimmungskampf zur 1:12-Initiative gestartet. 17 CampaignerInnen in der ganzen Schweiz werden zusammen mit allen Mitgliedern in den Sektionen und Kantonalparteien die nationale Kampagne umsetzen.

Der Aufbau der Kampagne

Die SP Schweiz geht in diesem Abstimmungskampf neue Wege in der Kampagnenführung: Den Millionen der Gegner hält die SP eine Basiskampagne entgegen. Statt auf ein sattes Budget und flächendeckende Werbung setzen wir auf menschliches Engagement und motivierte Mitglieder. Neben den klassischen Medien nutzen wir auch stark die sozialen Netzwerke und arbeiten eng mit der JUSO zusammen.

In Basel-Land und der Stadt Basel sind zwei Campaigner-Stellen geschaffen worden. Sie wurden mit Beda Baumgartner (Präsident JUSO BS) und Franziska Wagner (JUSO BL) besetzt. Sie stimmen ihre Aktivitäten nicht nur mit dem nationalen Kampagnenteam von SP Schweiz ab, sondern arbeiten zusätzlich im regionalen, überparteilichen Komitee mit. In diesem Komitee werden die kantonalen Aktionen und die Zusammenarbeit der SP, JUSO, der Grünen Partei, dem Jungen Grünen Bündnis NWCH und den Gewerkschaften geplant und koordiniert.

Der Erfolg des Abstimmungskampfes hängt sehr stark davon ab, dass sich jede und jeder beteiligt. Wir stellen Material zur Verfügung, das den Abstimmungskampf unterstützt. Dazu gehören neben Flyern und Plakaten auch die bereits berühmt gewordenen 1:12-Fahnen und Workshops zum Thema 1:12, die die SP den Sektionen anbietet. So kann jede und jeder zum Botschafter für gerechte Löhne in der Schweiz werden.

Macht alle mit!

In Basel-Stadt und Baselland planen wir einen gemeinsamen lebhaften Abstimmungskampf mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen, bei denen möglichst viele TeilnehmerInnen benötigt werden. Das geht ganz einfach: Zum Beispiel könnt

ihr zuhause eine 1:12-Fahne aus dem Fenster hängen. Oder an einer der drei spannenden Podiumsdiskussionen teilnehmen, die am 20. September in Niederdorf BL, am 18. Oktober in Basel und am 21. Oktober in Aesch stattfinden. Oder ihr schreibt einfach einen Leserbrief oder einen Onlinekommentar und helft so, die Diskussion in den Medien zu beeinflussen.

Im Kanton Baselland werden wir Flyer stecken und plakatieren gehen. Ebenfalls geplant sind Standaktionen. Zusammen mit Basel-Stadt werden zwei Flyeraktionen am Bahnhof Basel durchgeführt.

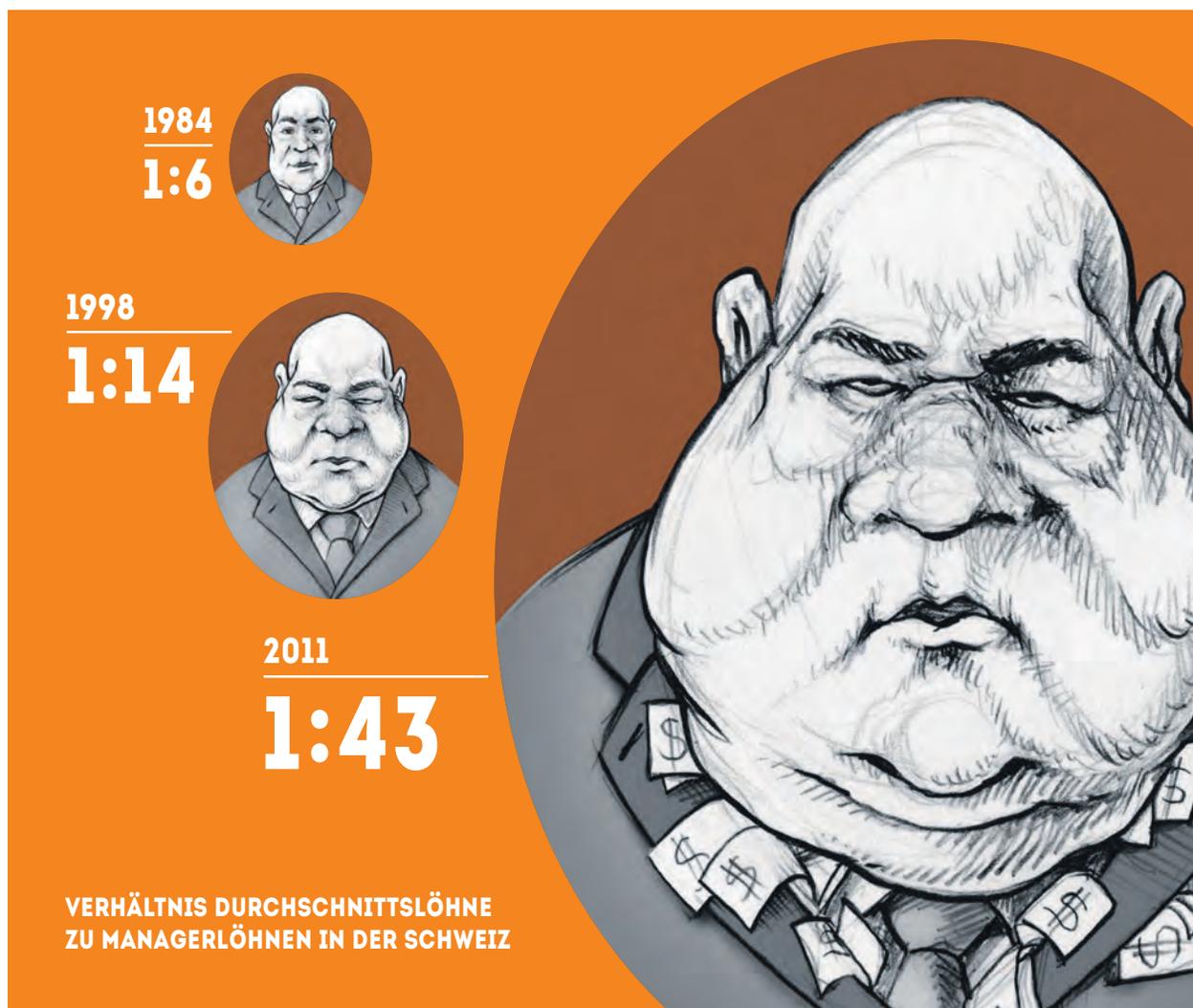
In Basel-Stadt wird die Kampagne auf zwei Ebenen laufen: Zum einen wird es von der Kantonalpartei aus Werbung auf dem E-Board und im Kultkino geben. Dazu kommen zwei grosse kantonale Aktionstage. Zum anderen führen die Quartiervereine mit Unterstützung der

Kantonalpartei möglichst viele Standaktionen durch und erreichen so eine grosse Präsenz auf der Strasse. Dazu wird es Flyer, Luftballone und weitere Giveaways geben.

Wir freuen uns darauf, mit euch zusammen zu plakatieren, zu diskutieren und die Abstimmung in den beiden Basel zu gewinnen!

Fragen, Bestellungen und Anmeldungen nehmen wir gerne entgegen unter:
beda.baumgartner@juso-bs.ch
franziska.wagner@sp-bl.ch

Franziska Wagner und
Beda Baumgartner
Campaigner, JUSO BL & BS



SP-REGIERUNGSRÄTIN BARBARA EGGER HAT DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR VORWÄRTS GEBRACHT

«Wir konnten inzwischen aufholen»

Barbara Egger will die kritische Stimme im BKW-Verwaltungsrat bleiben und für die Stilllegung des AKW Mühleberg sorgen. Soziale Gerechtigkeit ist das Leitmotiv der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin – auch beim Bauen.

Du bist mit 12 Jahren die Amtsälteste in der Regierung – kein bisschen müde?

Barbara Egger: Kein bisschen! Ich habe wichtige Themen, an denen ich in den nächsten vier Jahren dranbleiben möchte. Ich will den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen und die Energiewende vorantreiben. Schön wäre natürlich, wenn wir bei der Abschaltung des AKW Mühleberg weiterkämen.

Bürgerliche behaupten, die rot-grüne Regierung könne im bürgerlichen Parlament und Kanton wenig ausrichten. Stimmt das?

Das sehe ich anders und bin gleichzeitig nicht erstaunt, wenn Bürgerliche das monieren. Die Regierung ist oft Garant dafür, dass rot-grüne Anliegen im bürgerlichen Parlament nicht völlig untergehen.

Das Lied Mani Matters «dene was guet geit...» ist Dein Leitmotiv. Was hat soziale Gerechtigkeit mit Infrastruktur, Verkehr und Energie zu tun?

Sehr viel: Einerseits geht es um den Service public. Alle Bevölkerungsgruppen müssen einen guten Zugang zu unseren Infrastrukturen erhalten. Das ist mir als SP-Frau und Gewerkschafterin wichtig. Soziale Gerechtigkeit ist auch beim Bauen zentral. Denn Investitionen schaffen Jobs und verlangen gleich lange Spiesse für alle.

Die Angebots- und Strukturüberprüfung hat Deine Direktion relativ gut überstanden: Der Sparauftrag fiel moderat aus. Weshalb?

Der Hauptgrund liegt darin, dass die Kosten unserer Leistungen im schweizerischen Quervergleich unter dem Durchschnitt liegen. Das Sparpotenzial ist praktisch ausgeschöpft. In 12 Jahren habe ich bei der BVE für eine effiziente Verwaltung gesorgt. Das hat sich bewährt.

Beim Agglomerationsprogramm hast Du erfolgreich taktiert: Von den 1,5 Milliarden Franken, die der Bund in die Verkehrsinfrastruktur stecken will, bekommt der Kanton Bern mit über 300 Millionen das grösste Stück des Kuchens – wegen Nachholbedarfs oder guter Planung? Beides. Im Kanton Bern besteht grosser Nachholbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur. Als in Zürich die S-Bahn anrollte, begann man in



Barbara Egger: «Die Regierung ist oft Garant dafür, dass rot-grüne Anliegen im bürgerlichen Parlament nicht völlig untergehen.»

Bern erst mit der Planung. Wir konnten inzwischen aufholen. Zusammen mit den Agglomerationen lieferten wir hervorragende Planungen ab. Der Bund legt Wert auf die rasche Umsetzung. Er will, dass das knappe Geld rich-

tigen Gewinn rechnen. Wegen der knappen Finanzen würde dieses Geld dann anderswo fehlen. Beispielsweise bei den Volksschulen oder im Sozialen. Der Regierungsrat hat mit 2022 einen gangbaren Weg für die Abschaltung aufgezeigt. Er ist die allererste Regierung der Schweiz, die ein konkretes Ausstiegsdatum nennt und politisch verfolgt. Mühleberg wird in den nächsten vier Jahren einer meiner grossen Schwerpunkte bleiben. Ich will mich weiterhin für den Atomausstieg engagieren und die rot-grüne Stimme im BKW-Verwaltungsrat bleiben.

Interview: Daniel Vonlanthen

«In 12 Jahren habe ich bei der BVE für eine effiziente Verwaltung gesorgt. Das hat sich bewährt.»

tig investiert und nicht nur blockiert wird. Das haben wir mit dem Wankdorfplatz und Tram Bern West getan. Jetzt folgen der Ausbau des RBS-Bahnhofs und das Tram Region Bern. Das alles ist wichtig für den weiteren Ausbau unseres öffentlichen Verkehrs.

Mühleberg soll bis 2022 Strom produzieren, so der Gegenvorschlag der Regierung zur Volksinitiative. Welches Risiko wiegt schwerer, das finanzielle oder das technische?

Man kann die Risiken nicht gegeneinander ausspielen. Die rot-grüne Regierung möchte Mühleberg so schnell wie möglich abschalten. Wenn wir den Stopp aber politisch verordnen, müssen wir mit einer Klage auf entgan-

KANTONALE WAHLEN 2014

Am 30. März 2014 finden im Kanton Bern Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die amtierenden SP-Regierungsräte Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud werden alle wieder kandidieren. In einer Interview-Serie spricht links.be mit Egger, Rickenbacher und Perrenoud über die vergangene Legislatur und ihre Pläne für die nächsten vier Jahre. Den Anfang macht das Interview mit Barbara Egger.

AUS DEM KANTONSRAT

Ausschalten von Leuchtreklamen
Leuchtreklamen, Schaufenster und das Anstrahlen von Gebäuden dienen Werbezwecken. Nach



01.00 Uhr, wenn nur noch wenige unterwegs sind, erfüllen sie ihren Zweck nicht. Sie verursachen aber einen erheblichen Stromverbrauch und stören Menschen, Tiere und Natur in der Nachtruhe. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn der Stromverbrauch verringert wird. Das Ausschalten von Leuchtreklamen, Schaufensterlampen und Gebäudebeleuchtungen bedeutet für niemanden eine Einschränkung, hilft aber, den Stromverbrauch zu senken. Die Regierung wird in einem Vorstoss beauftragt, die kantonalen Gesetze und Verordnungen dahingehend zu ändern, dass Leuchtreklamen, Schaufenster- und Gebäudebeleuchtungen (Strahler) sowie ähnliche Lichtquellen in der Nacht ausgeschaltet werden müssen, legt die Zeiten der Abschaltung (z.B. zwischen 01.00 und 05.00 Uhr) fest und bestimmt über Ausnahmen (z.B. für Unternehmen, die nach 01.00 Uhr noch geöffnet sind). Als angenehmer Nebeneffekt wird zudem die Lichtverschmutzung verringert.

Hardy Jäggi, Kantonratsrat (Recherswil)

Entlastung und Einsparungen durch Tagesstätten!

Viele pflegebedürftige Menschen werden zu Hause gepflegt und betreut. Angehörige sind häufig während 24



Stunden gefordert, um die Betreuung zu gewährleisten. Für viele Familien und Pflegebedürftige steht der Wunsch im Mittelpunkt, dass die ältere oder erkrankte Person so lange als möglich in ihrer vertrauten Umgebung und in der Familie eingebunden leben kann. Dies wirkt sich auch positiv aus auf die Kosten für die öffentliche Hand. Die Finanzierung eines Aufent-

halts in einem Pflegeheim käme viel teurer.

Tagesstätten (mit Tages- und/oder Nachtangeboten) dienen der Entlastung der Angehörigen, bieten eine Tagesstruktur mit verschiedenen Aktivitäten und fördern soziale Kontakte. Leider gibt es im Kanton Solothurn nur 90 solcher Plätze. Dies genügt nicht, vor allem wenn, wie in der Heimplanung 2020 aufgezeigt, der Eintritt in ein Pflegeheim erst bei grösserer Pflegebedürftigkeit erfolgen soll.

Darum ist die öffentliche Hand gefordert sich an den Kosten in Tagesstätten zu beteiligen und Verantwortung für die älteren, pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen zu übernehmen. Darum hat die SP einen entsprechenden Auftrag eingereicht, der von der Regierung unterstützt wird, nicht aber von der bürgerlich dominierten beratenden Sozial- und Gesundheitskommission. In einem ersten Schritt führt dies zu Mehrkosten. Wird aber die ganze Rechnung gemacht, können Pflegeheimkosten gespart werden, da der Heimeintritt gar nicht oder später erfolgt.

Fränzi Burkhalter-Rohner,
Fraktionspräsidentin (Biberist)

Konkurrenzverbot? – und wo bleibt die Moral?

Die SP-Fraktion hat mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass alt Regierungsrat



Christian Wanner am 29. Juli (als amtierender Regierungsrat) zum Verwaltungsratspräsidenten der zur Waadtländer Spitalgruppe Genolier Swiss Medical Network SA gehörenden Solothurner Privatklinik Obach gewählt wurde und das Amt am 1. August angetreten hat. Somit hat Wanner über Nacht zur direkten Konkurrenz der kantonseigenen Solothurner Spitäler AG (soH) gewechselt. Als Finanzdirektor hat er, zusammen mit den anderen Regierungsräten, den Alleinaktionär (Kanton Solothurn) an der Generalversamm-

lung vertreten. Die Generalversammlung ist das oberste Organ der soH. Die Regierung war gefordert die Eignerstrategie zu planen. Dazu benötigten die Regierungsratsmitglieder, auch Wanner, ein grosses Sach- und Fachwissen. Mit diesem Insiderwissen wird der ehemalige Finanzdirektor nun die strategischen Entscheide der Privatklinik als deren Vorsitzender prägen. Für die SP gibt es in diesem Zusammenhang zwei Fragen, nämlich die der Moral und jene eines möglichen direkten Schadens für die kantonseigene Spitäler AG durch den Übertritt zur Konkurrenz. Die erste Frage können Aussenstehende nicht beantworten, weder die Regierung noch die Bevölkerung. Aber wir vermissen in dieser Angelegenheit jegliche Moral gegenüber dem langjährigen Arbeitgeber, dem Kanton Solothurn. Die SP-Fraktion hat deshalb einen Vorstoss eingereicht und möchte unter anderem wissen, wie dies der Gesamtregierungsrat beurteilt und ob dieser gedenkt, im Interesse des Kantons diesbezüglich verbindliche Regelungen, Vereinbarungen, Abmachungen oder allenfalls sogar ein Konkurrenzverbot vorzuschlagen.

Niklaus Wepfer, Fraktionssekretär

Online-Polizeiposten

Jährlich werden in der ganzen Schweiz rund 40000 Velodiebstähle gemeldet und viele weitere Anzeigen von Delikten (z.B. Sachbeschädigungen) gemacht. Oftmals handelt es sich für die Polizistinnen und Polizisten bei der Aufnahme am Schalter um Routinearbeiten mit relativ hohem Arbeitsaufwand. Dies bedeutet immer weniger Zeit für die effektiv notwendige Polizeiarbeit, nämlich die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit. Durch die Möglichkeit, während 7 Tagen und 24 Stunden einen virtuellen Polizeischalter benutzen zu können, könnten die Bürgerfreundlichkeit erhöht und die Polizistinnen und Polizisten von adminis-

trativer Arbeit entlastet werden. Zudem würde durch die Reduktion von administrativen Arbeiten der Arbeitsdruck für die Polizistinnen und Polizisten abnehmen. So hätten diese mehr Zeit für ihre Kernaufgaben. Im Übrigen planen sechs Kantone die Einführung eines Online-Polizeipostens ab Oktober. Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen zu prüfen, kantonal den Online-Polizeiposten einzuführen. Sollten dadurch die Bürgerfreundlichkeit erhöht sowie die Polizistinnen und Polizisten entlastet werden, ist die entsprechende Dienstleistung für geeignete Internetanzeigen so rasch wie möglich anzubieten.

Mathias Stricker, Kantonratsrat (Bettlach)

Einhaltung von Normalarbeitsverträgen von Care-Migrantinnen

Seit dem 1. Januar 2011 ist der Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



in der Hauswirtschaft in Kraft. Damit haben alle Hausangestellten, die mehr als fünf Stunden pro Woche in einem Privathaushalt arbeiten, ein Anrecht auf den Mindestlohn und Ferien, unabhängig davon, ob sie Reinigungsarbeiten erledigen, Wäsche besorgen, einkaufen, kochen oder bei der Betreuung von Kindern, Betagten und Kranken mithelfen. Unter diesen Normalarbeitsvertrag fällt auch die Beschäftigung von Care-Migrantinnen.

In der Antwort auf die Interpellation von Trudy Küttel Zimmerli (Olten, SP) vom 14. Dezember 2011 zum Thema «Care Migrantinnen – Lösung für das wachsende Betreuungs- und Pflegebedürfnis unserer betagten Menschen» hält der Regierungsrat fest, dass Kontrollen dieser Arbeitsverhältnisse durch das AWA durchgeführt werden. Jetzt ist es Zeit danach zu fragen und Auskunft über die Anzahl Arbeitsverhältnisse, Kontrollen und deren Ergebnisse sowie über allfällige weitere notwendige Massnahmen zu erhalten.

Luzia Stocker, Kantonratsrätin (Olten)

AUFGABEN- UND FINANZPLAN 2014–2017

Steuerpolitik für Reiche hat versagt

Mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2014–2017 hintergeht der Regierungsrat uns alle: Mit einem Kahlschlag bei den Leistungen des Kantons sollen einmal mehr die Schwächsten der Gesellschaft für Steuersenkungen bei Gutverdienenden bezahlen. Das ist Umverteilung von unten nach oben.

In den letzten Jahren hat der Kanton Aargau drei Steuersenkungsrunden durchgeführt, mit denen man vor allem Gutverdienende, Vermögende und juristische Personen entlastete. Im Fokus stand der Steuerwettbewerb: Unser Kanton sollte zu den «Besten» aufsteigen. Dies ist (vorläufig) gelungen, aber zu einem hohen Preis: Der Kanton erwirtschaftet seit zwei Jahren Defizite, die er nur dank einer Reserve aus guten Zeiten wettmachen kann.

Dies gilt auch für das Budget 2014. Um aber die Jahre 2015–2017 ausgeglichen zu halten, schlägt der Regierungsrat ein katastrophales Sparpaket vor. Freilich nennt er dies anders. Man habe in einer «Leistungsanalyse» Optimierungspotential gesucht. Zu wessen Lasten «optimiert» werden soll, ist klar: Gespart wird einmal mehr im Sozialwesen und

in der Bildung, es sollen also die Schwächsten der Gesellschaft leiden. Gespart wird auch beim Service public: Weniger Leistung, höhere Gebühren und schlechtere Arbeitsbedingungen für Staatsangestellte. Wir alle bezahlen für die tiefen Steuern einiger Superreicher. Das ist nicht akzeptabel. Der Regierungsrat hintergeht damit die Bevölkerung. Er riskiert eine massiv schlechtere Schule, weniger Attraktivität als Arbeitgeber, den Verlust von Lebensqualität und das Schwinden von Standortvorteilen. Die Zukunft scheint im Aargau nicht zu interessieren...

Die Bürgerlichen klatschen Beifall. Auf ein solches Staatsabbau-Paket haben sie lange gewartet – sie werden die Gelegenheit nutzen und mehr als vorgeschlagen abbauen. Unklar ist, ob es Naivität oder Kalkül des Finanzministers ist, zu behaupten, das

Sparpaket habe mit den Steuersenkungsrunden nichts zu tun. Tatsache ist: Seine Steuerpolitik hat total versagt.

Im Grossen Rat werden wir uns mit allen Mitteln gegen Abbau in der Bildung und im Sozial- und Gesundheitswesen einsetzen. Für uns gibt es nur einen Weg zurück zur Vernunft: Die ungerechten Steuersenkungsrunden der letzten Jahre müssen rückgängig gemacht werden.

Wo abgebaut wird

■ Über 100 aufgrund der wachsenden Schülerzahlen dringend notwendige Lehrerstellen werden nicht geschaffen. Abgebaut werden diverse Freifächer wie Musik, Unterstützung von Lehrpersonen und Angebote wie Einschulungsklassen, Werkjahr und Berufswahljahr. Die Mindestgrösse für Primarschulklassen wird erhöht, ebenso das Arbeitspensum von BezirksschullehrerInnen. Für den Instrumentalunterricht sollen teilweise die Eltern zahlen. Reduziert werden auch die Beiträge an die Fachhochschule Nordwestschweiz.

■ Im Sozialbereich wird einmal mehr versucht, die Krankenkassenprämien-Verbilligungen zu senken. Dafür werden diverse Gebühren erhöht.

■ Auenschutzprojekte werden verschoben wie Vorhaben zum Hochwasserschutz. Die Energieförderung wird minimiert. Es soll weniger Lebensmittelkontrollen geben.

■ Und anderes mehr ...



Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.

EDITORIAL

Nur Nachteile für das Volk

Vor einem Jahr hat das Volk mit 73 Prozent Ja dem Bundesbeschluss



über die Jugendmusikförderung zugestimmt. In der Bundesverfassung steht jetzt, dass der Bund und die Kantone die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern.

Die Jugend soll zum Musizieren gebracht und musikalisch Begabte sollen besonders gefördert werden. Die Reaktion des Aargaus darauf: «Einzel- und Gruppenangebote zur Förderung besonders begabter Schüler/-innen im Bereich Musik werden um 10 Prozent reduziert.» Massnahme 310-13 bringt immerhin 47000 Franken jährlich! Und wird wohl auch gemeint sein, wenn der Finanzdirektor von oben herab (Bild in der AZ vom 31. August) meint, dass die breite Bevölkerung von den vorgeschlagenen Sparmassnahmen «kaum tangiert» werde. Das gilt sicher auch für das schon wieder gestrichene «Engagement» des Kantons in Sachen Instrumentalunterricht. Der lausige Gesetzesentwurf des Bildungsdepartements ist zwar nicht über die Vernehmlassung hinausgekommen, hat aber für die «Leistungs»-Analyse die Erkenntnis gebracht, dass sich da 2016 2,8 und ab 2018 sogar 6,2 Millionen Franken jährlich einsparen lassen. Dabei wird das Budget für ein paar tausend Mittelstandsfamilien immer enger, die «breite Bevölkerung» aber wird davon «kaum tangiert»!

«Kaum tangiert» war die breite Bevölkerung vom Auslöser der 200 Sparmassnahmen. Die Steuergeschenke des letzten Jahrzehnts gingen nur an einen kleinen Kreis. Aber nicht an die, die das Ganze jetzt ausbaden müssen!

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen ist SP-Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.



Schlupflöcher provozieren Referendum

Die Zweitwohnungsinitiative wurde von Volk und Ständen angenommen. Nicht mehr als 20 Prozent soll der Anteil von Zweitwohnungen in einer Gemeinde betragen. Bei der Umsetzung des Volkswillens hapert es aber. Der Gesetzesentwurf und verschiedene Vorstösse im Parlament höhlen den Verfassungsartikel aus.

Berggebietsfreundlich, tourismusfreundlich, eigentümerfreundlich... Muss der Zweitwohnungsartikel – dem Volkswillen entsprechend – aber nicht auch verfassungskonform umgesetzt werden? Wir meinen ja. Doch bereits die geltende Übergangsverordnung beinhaltet verfassungswidrige Schlupflöcher, die nun auch im Zweitwohnungsgesetz Eingang finden sollen. Der Gesetzesentwurf des Bundesrats und Vorstösse im Parlament zielen in diese Richtung. Ob am Ende eine referendumsresistente Vorlage entsteht, ist zu bezweifeln. Ein entlarvendes Beispiel: Zweitwohnungen, die als Notfallreserve für den Zivilschutz oder als Unterkunft für nationale Grossanlässe zur Verfügung stehen, sollen nicht von der festgelegten Grenze von 20 Prozent betroffen sein. Diese Schnapsidee eines Walliser SVP-Nationalrates ist wohl der unseriöseste unter allen parlamentarischen Vorschlägen. Und trotzdem hat sich die Mehrheit der zuständigen nationalrätlichen Kommission dafür ausgesprochen. Auch wenn der Ständerat nun Gegensteuer gibt, zeigt diese Anekdote, was von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament zu erwarten ist.

Verbesserungsbedürftige Vorlage

«Das Heulen lohnte sich», kommentierte die Südostschweiz beim Start der Vernehmlassung im vergangenen Juni den Gesetzesentwurf. Neue Zweitwohnungen sind auch bei Überschreitung der 20-Prozent-Grenze erlaubt, z. B. wenn sie auf einer kommerziellen Vertriebsplattform angeboten werden. Die Vermietung der Zweitwohnung an Gäste ist aber schwer zu kontrollieren. Noch schlimmer: Unrentable Hotels können vollumfänglich in Zweitwohnungen umgewandelt werden. Das Hotelsterben wird dadurch regelrecht gefördert, winkt doch ein grosser Profit mit wenig Arbeit. Und zur Frage der Umnutzung von Erst- zu Zweitwohnungen stehen zwei Varianten zur Diskussion: Eine unhaltbare mit totaler Umnutzungsfreiheit und eine vertretbare mit Bewilligungspflicht und klar umschriebenen Bedingungen. Gesamthaft gesehen unterlaufen verschiedene Regelungen direkt die Wirkung des Verfassungsartikels, die 20-Prozent-Klausel.



Schluss mit Ausnahmen!

Die Chancen nutzen

Es wird verschwiegen, dass die Umsetzung auch Chancen für den nötigen Innovationschub im Tourismus bietet. Der Baustopp für Zweitwohnungen hat wohl kurzfristig spürbare Konsequenzen für die Bauwirtschaft. Die klassische Tourismusindustrie wird aber gewinnen, mit weniger Siedlungsexpansion und besserer Auslastung der bestehenden Infrastruktur. Gewinnen wird auch die Landschaft, das wahre Kapital des Tourismus. Die verfassungskonforme Ausgestaltung des Zweitwohnungsgesetzes ist möglich und erstrebenswert. Und nur eine konsequente Umsetzung bietet schnell die gewünschte Rechtssicherheit. Dafür setzt sich die SP ein. Ein Referendum wird man dann nicht fürchten müssen.



Silva Semadeni ist Nationalrätin aus Graubünden.

KNALLROT

Yvonne Feri
ist Nationalrätin AG und
Präsidentin der SP Frauen Schweiz



Existenzsicherung statt Herdprämien!

Familienmodelle haben sich in den letzten Jahren stark verändert – das muss endlich auch in der Familienpolitik anerkannt werden. Die Herdprämie, die die SVP in ihrer Familieninitiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» propagiert, führt zu gravierenden Steuerausfällen der Kantone und einer erneuten Privatisierung der Betreuungsarbeit zu Lasten der Familien. Insbesondere Frauen werden diesen Leistungsausfall mit noch mehr Gratisarbeit auffangen müssen. Die SP Frauen fordern stattdessen drei Zielsetzungen auf nationaler Ebene: Ein flächendeckendes Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen, Ergänzungsleistungen für Familien und die Individualbesteuerung. Entsprechende Massnahmen wurden bereits eingeleitet – durch Cesla Amarelle und mich. Das Geld, welches durch die Familieninitiative in den Staatskassen fehlen würde, sollte unseres Erachtens in diese Projekte gesteckt werden. Es scheint, das Geld ist vorhanden. Oder wo streben die unterstützenden Parteien Einsparungen an? Da könnte sichtbar gemacht werden, wer die Familien wirklich unterstützt!

Die Initiative fordert, dass Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen, die Kosten für diese Betreuung von den Steuern abziehen können, wie dies bei der Fremdbetreuung der Fall ist. Was auf den ersten Blick verlockend, demokratisch und fair erscheinen mag, ist in Realität nicht mehr als ein Steuergeschenk für 10 Prozent aller SteuerzahlerInnen. Da es sich um Abzüge handelt, sind selbstredend nicht arme Familien die Profiteurinnen, umso mehr jedoch Familien mit höheren Einkommen. Das ist eine stossende Verletzung des Grundsatzes der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Initiative ist zudem ein Steilpass für die Forderung «Frauen zurück an den Herd». Wer die Kinder selbst betreut, was zeitintensiv ist, wird mit Steuerentlastungen belohnt. Das beschert den Kantonen ein riesiges Loch auf der Einnahmenseite. Gleichzeitig entstehen auch Steuerausfälle, weil jene Personen, die zu Hause ihre Kinder betreuen, nicht arbeitstätig sind.

Genügend Gründe, um vehement nein zu sagen zu dieser Familieninitiative. Alle Frauenorganisationen der Parteien, ausser der SVP, sind geschlossen gegen die Initiative.

Nur ein klares Ja stoppt die schamlosen Abzocker

Was ist ein gerechter Lohn? Jährliche Bezüge in zweistelliger Millionenhöhe zählen sicher nicht dazu! Die 1:12-Initiative kommt äusserst moderat daher und verdient deshalb meines Erachtens die Unterstützung durch das Stimmvolk unseres Landes.

Die 1:12-Initiative, über die am 24. November abgestimmt wird, verlangt, dass das Monatseinkommen des obersten Chefs das Jahreseinkommen der Angestellten mit dem tiefsten Einkommen nicht übersteigen darf. Verdient heute in einem Unternehmen ein Angestellter mit dem kleinsten Einkommen 60 000 Franken im Jahr, dann dürfte der oberste Chef maximal 720 000 Franken jährlich kassieren. Allein diese Summe liegt für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausserhalb ihres Vorstellungsvermögens. So viel kann man ja mit ehrlicher Arbeit kaum verdienen und trotzdem wird die Initiative von rechtsbürgerlichen Kreisen massiv bekämpft. Wollen diese wirklich so weitermachen wie bisher? Wollen sie weiterhin zulassen, dass CEO's von grossen Unternehmen sich nicht mit zum Beispiel den 720 000 Franken jährlich zufriedengeben, sondern weiterhin Beträge im zweistelligen Millionenbereich kassieren? Wie viel Ungerechtigkeit soll uns da noch zugemutet werden?

Die Gegner der Initiative schrecken auch nicht davor zurück, mit unmöglichen und Angst machenden Argumenten, der Bevölkerung die Ablehnung der Initiative zu empfehlen. Da wird gewarnt, dass die AHV massiv an Einnahmen verlieren würde und dass auch die Steuereinnahmen stark zurückgingen. Solche Behauptungen entbehren jeglicher Grund-

lage. Eher das Gegenteil würde eintreten. Wir können ja davon ausgehen, dass unsere Unternehmen nach der Annahme der Initiative im Gesamten die gleiche Lohnsumme auszahlen. Was bei den obersten Chefs reduziert wird, soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit den tiefen Einkommen zugute kommen. Das ist ja das Ziel der Initiative. Da auf der gesamten Lohnsumme die gleichen AHV-Beiträge bezahlt werden, bleiben die Einnahmen der AHV auf gleichem Niveau.

Noch unmöglicher ist das Argument der Steuerverluste. Wir wissen, dass sich die CEO's mit den höchsten Bezügen in der Regel Steuerparadiese als Wohnsitz aussuchen. Gehen wir einmal von folgendem Beispiel aus: Der CEO einer grossen Basler Firma kassiert heute rund 30 Millionen Franken jährlich. Nach Annahme der Initiative würde er noch rund 1 Million Jahressalär beziehen, was immer noch eine sehr stolze Summe ist! Die Reduktion um 29 Millionen käme der Belegschaft durch eine bescheidene Lohnerhöhung zugute. Die Belegschaft dieses Unternehmens kann allerdings ihre Wohnsitze nicht in Steuerparadiese verlegen. Es lässt sich anhand der jeweiligen Steuerprogressionen und Steuersätze leicht errechnen, dass der Anstieg der Kantons- und Gemeindesteuern der Belegschaft den Steuerrückgang im Steuerparadies des betroffenen CEO stark übersteigt. Einen leichten Rückgang

hätte lediglich die Bundessteuer zu verzeichnen. Aber bitte: Da hat uns Bundesrat Merz mit der letzten Unternehmenssteuerreform weit grössere Verluste beschert.

Unsere Wirtschaft lebt von sehr vielen Unternehmen, die sich im nationalen und internationalen Wettbewerb bestens behaupten und die Stütze unseres Wohlstandes bilden. Der grösste Teil der Chefs dieser Unternehmen hat stets das wichtigste Ziel vor Augen, nämlich das Unternehmen gesund in die Zukunft zu führen und der Belegschaft die Arbeitsplätze zu sichern. Sie bleiben auch in ihren Lohnbezügen massvoll. Es gibt aber eine Minderheit, die sich schamlos bereichert und ihr Profitdenken über das Wohl des Unternehmens und der Belegschaft stellt. Wir müssen deshalb über eine vernünftige Gesetzgebung diese Minderheit in die Schranken weisen. Dies wird möglich, wenn wir klar ja sagen zur 1:12-Initiative. Wenn wir heute nicht handeln, dürfen wir uns morgen nicht beklagen, wenn die schamlose Abzockerei munter weitergeht.



Otto Piller, a. Ständeratspräsident und ehemaliger Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen

Hier telefoniert der Chef!



Rund 400 freiwillige Helferinnen und Helfer haben an den beiden Aktionstagen vom 24. August und 14. September zum Telefon gegriffen und unsere Mitglieder angerufen. «Hast du bereits eine 1:12-Fahne?», wollte auch Christian Levrat wissen, der in Zürich mit von der Partei war. Die Reaktionen waren fast ausnahmslos positiv und die Begeisterung spürbar. Das beweisen auch die über 17 000 Fahnen, die bereits von den Balkonen und Fenstersimsen in der ganzen Schweiz flattern.

So macht Kampagnenarbeit Freude!

Bestelle auch Du eine Fahne unter www.1-12.ch/fahne

Verseuchte Erde, entwurzelte Menschen

Diesen Sommer nahm ich an einer von Green Cross organisierten Reise nach Fukushima teil. Was ich da gesehen und gehört habe, beschäftigt mich. Gerät ein Atomkraftwerk ausser Kontrolle, sind die Auswirkungen für Mensch und Umwelt fatal.

Japan ist eine Wirtschaftsnation mit hohem technischem Level. Trotzdem kam es am 11. März 2011 in Folge eines Erdbebens zur Atomkatastrophe von Fukushima-Daiichi. Davor lag der Atomstromanteil in der Energieversorgung des Landes bei 30 Prozent. Bei unserem Besuch liefen von fünfzig Atomreaktoren nur noch zwei. Als Besucher in Japan spürt man davon nichts. Dies auch deshalb, weil grosse Industriefirmen den Wegfall des Atomstroms mit dem Aufbau eigener Stromversorgungsanlagen kompensierten und weil mehr Gas importiert wird.

Katastrophale Erblast

Nach der Katastrophe mussten 160 000 Menschen ihre Häuser und Wohnungen samt Inventar zurücklassen. Die leeren Häuserzeilen und Strassen wirken gespenstig. Auch noch weit ausserhalb der Sperrzone gibt es belastete Gebiete mit erhöhten Strahlenwerten. Denn der Wind hielt sich nicht an die 20-km-Zone. Insgesamt wurden mehr als 30 000 Quadratkilometer radioaktiv belastet. Die Menschen sind verunsichert. Es ist belegend zu sehen, dass sich rund um Fukushima das wiederholt, was bereits nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl geschah: Die lokale Bevölkerung wird entwurzelt und die Behörden kämpfen mit den verheerenden Folgen einer Katastrophe, die so nicht voraussehbar war. Es wird tonnenweise verseuchtes Erdreich

Max Chopard-Acklin



Arbeiten mit verseuchter Erde. Dahinter stapelt sich eine Oberflächendeponie.

abgetragen, in Plastiksäcke abgefüllt und an den Strassenrändern in riesigen Deponien zwischengelagert. Bodenökologe Prof. Satoshi Matsumoto erklärte uns, es sei geplant, diese Säcke in zwanzig Metern Tiefe zu vergraben. Dazu kommt die noch immer schwierige Lage beim AKW selber. Es gibt nur eine improvisierte Notkühlung und täglich werden neue Tanks mit radioaktiv verseuchtem Wasser abgefüllt. Undichte Tanks drohen das Grundwasser zu verseuchen. Diese Beispiele zeigen die Hilflosigkeit der Behörden und welche Erblasten eine solche Katastrophe hinterlässt.

Zeit zu handeln

Heute haben wir andere Möglichkeiten als noch vor 45 Jahren, als die Atomkraftwerke Mühleberg und Beznau gebaut wurden. Wir müssen die Abhängigkeiten von Öl, Erdgas und Uran verringern und stattdessen in die Energieeffizienz und in die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien wie Wasser, Wind und Sonne investieren. Lassen wir die Energiewende jetzt konkret werden – das sind wir kommenden Generationen schuldig.



Max Chopard-Acklin ist Nationalrat aus dem Kanton Aargau und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)

40 JAHRE SIND GENUG

Fordern Sie von Bundesrat und Parlament **den verbindlichen Atomausstieg!**

Jetzt Petition unterschreiben auf greenpeace.ch/40



Nano, das neue Asbest?

Die immer noch anhaltende Asbest-Tragödie zeigt, dass wir mit neuen Materialstoffen, die grosse wirtschaftliche und technologische Potenziale aufweisen, seriöser umgehen und vor der breiten Anwendung wissenschaftlich fundierte Abklärungen durchführen sollten. Das gilt besonders für Nano-Materialien. Die Gesundheitskommission des SGB und seine Verbände führen dazu im Dezember 2013 eine Tagung durch.

Immer noch erkranken Arbeitnehmer an Krebs, weil sie vor Jahrzehnten mit Asbest arbeiten mussten, ohne dass die Firmen damals die nötigen Sicherheitsvorkehrungen ergriffen hätten. Der sorglose Umgang mit Asbest beruhte aber häufig auch auf Unwissenheit. Der gleiche Fehler darf sich bei den Nanotechnologien nicht wiederholen.

Der Bundesrat will den bereits angelaufenen Aktionsplan «Synthetische Nanomaterialien» bis Ende 2015 fortführen. Damit will die Regierung den Nano-Standort Schweiz und den sicheren Umgang mit synthetischen Nanomaterialien fördern und weiterentwickeln. Es geht in erster Linie darum, methodische Grundlagen für nanospezifische Vorschriften zu er-

arbeiten und so die Voraussetzungen für entsprechende Regulierungen zu schaffen sowie den Dialog mit Sozialpartnern, Wissenschaft, Forschung und Konsumentenschutzorganisationen weiterzuführen.

Zur Erinnerung: Bereits heute werden Nanomaterialien so wie herkömmliche Materialien vom Chemikalien-, Lebensmittel- und Arzneimittelrecht erfasst. Für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind beim Einsatz von synthetischen Nanomaterialien die gleichen Präventionsgrundsätze relevant, wie sie für alle anderen Stoffe mit (noch unbekanntem) Gesundheitsgefahren gelten... Ob diese aber wirklich ausreichen, ist umstritten. Denn die Langzeitwirkungen im mensch-

lichen Körper können noch nicht abgeschätzt werden.

Der SGB und seine Verbände, welche sich in der Gesundheitskommission um den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die Prävention von Berufskrankheiten kümmern, werden am 2. Dezember nachmittags in Bern eine Tagung zum Thema «Nano, das neue Asbest?» durchführen. Hochkarätige Gäste aus Wissenschaft, SUVA und Sozialpartnerschaft werden sich mit den Risiken und Chancen der Nanotechnologie für die Arbeitnehmenden und den Industriestandort Schweiz auseinandersetzen. Dabei wird das Thema Nano sowohl von der technischen, der versicherungs- aber auch der haftpflichtrechtlichen Perspektive beleuchtet



C/L/photocase.com

KONFERENZ

Nano, das neue Asbest?

Ort: Unia, Weltpoststrasse 20, Bern

Datum: 2. Dezember 2013, 13.15 – 17.30 Uhr

Inhalt: Synthetische Nanomaterialien, Potenzial der Nanotechnologie für die Schweizer Wirtschaft, Risiken, Gesundheitsschutz heute und in Zukunft, Gesetzgebung

Tagungsprogramm/Referenten:

www.movendo.ch/www.uss.ch

Kosten: Fr. 50.-/Fr. 25.- für Mitglieder der SGB-Verbände

Anmeldungen: Movendo, Monbijoustrasse 61, PF 3000 Bern 23, Tel. 031 370 00 70, Fax 031 370 00 71, info@movendo.ch

WAS IST NANOTECHNOLOGIE?

Nanotechnologie ist die Wissenschaft, die sich mit der chemischen und physikalischen Struktur und Manipulation von Stoffen beschäftigt, die im Nanometer-Bereich liegen. Ein Nanometer entspricht einem Milliardstel Meter. Unter Nano-Materialien versteht man Materialien, die entweder natürlich entstehen oder vom Menschen geschaffen wurden und sich in dieser Grössenordnung von wenigen Molekülen bewegen. Sie werden beispielsweise eingesetzt, um das Wachstum von Bakterien in Textilien zu

vermindern oder in Sonnencrèmes ultraviolette Strahlen abzuhalten. Sie sind für die Industrie deshalb sehr interessant, aufgrund ihrer kleinen Grösse besteht aber die Gefahr, dass sie die natürlichen Barrieren im Körper überwinden. Das Spezielle an Nano-Materialien ist, dass sie mit abnehmender Grösse neue Eigenschaften aufweisen können. Das Material (z.B. ein Aluminium-Pulver) verändert seine physikalischen Eigenschaften, obwohl der Stoff chemisch noch genau derselbe ist.

werden. So wird Michael Riediker die Definition und Eigenschaften von Nano-Objekten erläutern; aber auch das Potenzial der Nanotechnologien und die Bedeutung heute und inskünftig für die Schweizer Wirtschaft sollen, durch Helmut Elbert, beleuchtet werden. Christoph Bosshard von der SUVA wird einen Einblick in die heutige Präventionsarbeit am Arbeitsplatz geben. Und anschliessend liefern Christoph Rüegg vom SECO und Luca Cirigliano, Zentralsekretär des SGB, eine juristische Einschätzung der Lage.



Luca Cirigliano, Zentralsekretär SGB

JUBILÄUMSANGEBOT DER SP FRAUEN



Die Frau SP
IN LEBEN UND ARBEIT
DAS ROTE HEFT 2.0 | MAGAZIN DER SP FRAUEN ZUM JUBILÄUMSFEST DER SP SCHWEIZ | SEPTEMBER 2013

2.0

GAST-
BEITRÄGE
VON MICHELE
BINSWANGER,
STEPHANIE
FANUS UND
MARKUS
TREUNERT

RÜCKBLICK
120 Jahre SP Schweiz – fast 100 Jahre
SP Frauen. Ein Blick zurück auf die
Geschichte der SP Frauen. 4/5

INTERVIEW MIT ELISABETH ZÄCH
«Die Frauen stehen heute sehr viel
besser da als damals...» 10/11

IM FOKUS
Lohnungleichheit und Fristenregelung
– alte Themen mit neuer politischer
Bräunung. 12–15

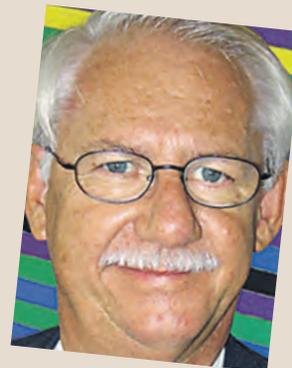
Zum Jubiläumsjahr der SP Schweiz haben die SP-Frauen das **rote Heft** aufleben lassen, das von 1929–2000 das offizielle Mitgliederorgan der SP Frauen Schweiz war. Bestelle dir deine Jubiläumsnummer des roten Hefts 2.0 bei spfrauen@spschweiz.ch oder unter Telefon 031 329 69 90. Einzig das Porto geht zu deinen Lasten.

... zudem wartet die **Stofftasche** mit dem Konterfei prominenter SP-Frauen auf dich. Bestelle deine persönliche Stofftasche mit Ruth Dreifuss und Yvonne Feri, Christiane Brunner und Marie Boehlen oder Marie Goegg-Puchoulin und Cesla Amarelle für Fr. 7.– bei spfrauen@spschweiz.ch oder unter 031 329 69 90.



GENOSSEN

Peter Graf, Wabern



Brücken für politische Mehrheiten

Ferdi Troxler, langjähriger Redaktor und Leiter des Pressedienstes des SGB, fragt in seinem jetzt erschienenen Buch, was Christen und Sozialisten verbindet. Und er meint mit ungebrochenem Optimismus, es könnte gemeinsam gelingen, eine demokratische, soziale und ökologische Wirtschaft zu schaffen.

Bemerkenswert ist, dass sich Ferdi nach einem erfüllten Berufsleben und lange nach der Pensionierung noch einmal vor sein Schreibgerät setzt. Und sich dort erneut den Fragen zuwendet, die ihn schon als junger Mann umgetrieben haben. Mit 84 Jahren publiziert er ein Buch mit dem Titel «Christentum und Sozialismus – ein gesellschaftspolitischer Brückenschlag».

Er gelangt zum Schluss: Sozialismus, der auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut, die Wirtschaft demokratisiert, die ökologische Wende einleitet und dem Frieden unter den Völkern einen wichtigen Platz einräumt, sei äusserst aktuell. Die Botschaft des Christentums verpflichte auch dessen Anhänger, zu einem solchen Neuaufbruch beizutragen. Der Brückenschlag könne selbst dann gelingen, wenn der Meinungsstreit, wer im Besitz der letzten Wahrheit sei, unentschieden bleibe. Troxlers Befund: Auslöser der wirtschaftlichen und sozialen Krisen fast überall auf der

Welt sind u.a. die negativen Auswirkungen einer von neuen Technologien getriebenen Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen und Produktionsstätten, von Angebot und Nachfrage, Geldflüssen und Kommunikation. Und das begleitet von einem entgrenzten Gewinnstreben der Finanzwirtschaft. Beides führt international zu sozialen Zerklüftungen. Staatliche Regelwerke werden ausgehebelt, gesellschaftliche Prozesse der demokratischen Willensbildung entzogen. Ressourcensteuerung für das Allgemeinwohl und Mittelzuteilung für Soziales, Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Umwelt und anderes werden weltweit zunehmend über Notrecht geregelt. Troxlers Buch stellt einen interessanten Beitrag dar für Leute, die Lösungsgänge und Bündnisse zur Bewältigung der Folgen der jüngsten Globalisierungsetappe suchen. Sein Aufruf zu einem Brückenschlag zwischen demokratischen Sozialisten und sozial verantwortungsbewussten Christen verdient eine engagierte Leserschaft.



Ferdinand Troxler
**CHRISTENTUM
UND
SOZIALISMUS**
140 Seiten
ISBN: 9783732201181
Books on Demand
erschienen im September
2013

*Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du **GENOSSEN** hast? Schreibe ein Mail an*

lisa.schaedel@spschweiz.ch

ROTSTICH

Pils, Eierlikör und Whisky

Jetzt ist es amtlich: «Mutti» macht's nochmal. Zu sagen, es hätte sich abgezeichnet, wäre untertrieben. Das hielt die wackeren Genossinnen und Genossen in Deutschland aber nicht davon ab, noch in der Vorwahnacht unbeirrt den Machtwechsel herbeizureden. Wie die Band auf der Titanic spielten sie im Web-TV der SPD noch lustige Musik, als der Kahn schon bis zum Rand vollgelaufen war. Versenkt von der Kanzlerin, die lächelt, wenn man sie um 180 Grad dreht. Manchmal – ich fühle mit! – ist Kampagnenmachen einfach irgendwie frustrierend.

Auch der Kanzlerkandidat, der hierzulande als «Peitschen-Peer» zu zweifelhafter Berühmtheit gelangt war, stemmte sich mit aller Kraft gegen das Unausweichliche: «Warenhäuser sind nicht generell aus der Mode, genauso wenig wie die SPD», bemerkte er trotzig. Das war offenbar eine Fehleinschätzung. Frau und Herr Schweizer jedenfalls – das wissen wir seit Sonntag – kaufen viel lieber im Tankstellenshop. Und die Wehrpflicht bleibt. Will heissen: Rekruten können sich künftig beim Einrücken am späten Sonntagabend noch problemlos mit Bier eindecken und sich gehörig besaufen.

Womit wir wieder bei den deutschen Wahlen wären: Was haben ein Pils und die FDP gemeinsam? Richtig, 4,7 Prozent. Wir erinnern uns an Zeiten, da kurvte Westerwelle mit seinem «Guidomobil» ehrgeizig durch deutsche Lande und peilte mit 18 Prozent immerhin den Level eines anständigen Eierlikörs an. Henusode. Merkel dürfte froh sein, denn lästigen Klotz am Fuss endlich abgestreift zu haben und darauf mit einem guten Whisky anstossen. Der hatte ihr nämlich – das verriet sie der «Süddeutschen» – seinerzeit nach ihrer Abi-Feier den ersten ordentlichen Vollrausch beschert. Whisky hat übrigens 42 Prozent. Wer an einen Zufall glaubt, ist selber Schuld. *Stefan Krattiger*



EIN TAG IM LEBEN VON ...

FRANÇOISE A. MARCA, 67

« Punkt 6 Uhr 30 stehe ich morgens auf, immer ohne Wecker. Obwohl ich seit meiner Pensionierung eigentlich alle Freiheit hätte, später aufzustehen. Aber das ist mir in Fleisch und Blut übergegangen. Auf dem iPhone lese ich dann die Nachrichten, trinke einen Espresso. Danach gehe ich mit meinem Hund spazieren. Das ist ein wichtiger Teil des Tages, um die Freundschaften der Hunde, aber auch der Hundehalter, zu pflegen. Nach dem Spaziergang trinke ich nochmals ein, zwei Espressi und lese den *Bund* und die *NZZ*. Und danach ist kein Tag gleich wie der andere. Früher war ich sehr engagiert, im Job, in der Partei. Da fragen sich wohl viele, was macht denn so jemand nachher, in der Pension. Ich habe praktisch jeden Tag Besuch bei mir, treffe Leute, gehe weg, pflege Freundschaften, lese viel. Was ich mehr habe als andere, ist Zeit. Da stellt sich dann die Frage, wie ich diese Zeit mit den Menschen teilen soll, die meine Zeit brauchen können. Das kann eine Freundin sein, die ein Problem hat, ein Kind, das ich hüte, oder jemand, den ich zum Arzt begleite. Dann lese ich viel, etwa drei bis vier Bücher pro Woche. Die deutsche Literatur interessiert mich sehr, ich lese aber auch französisch- und englischsprachige Bücher und Sachbücher. Etwa einen Viertel lese ich nicht zu Ende – mein Leben ist zu kurz für schlechte Bücher. Natürlich ist das dann auch irgendwann eine Platzfrage mit so vielen Büchern. Vor ein paar Jahren habe ich mehrere Säcke voll mit Büchern an einen Quartierflohmarkt gebracht. Am nächsten Tag bin ich selber an diesen Flohmarkt und habe mehrere meiner Bücher wieder zurückgekauft.

Auch meine Familie, insbesondere meinen Enkel, sehe ich sehr oft. Er ist sechzehn und in der JUSO aktiv. Er wohnt in Thun, ist aber in der JUSO der Stadt Bern. Nach JUSO-Anlässen übernachtet er dann jeweils bei mir. Ich selber bin vor etwa 25 Jahren zur SP gekommen, als Reaktion auf meine

Erfahrungen als Prokuristin in einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Zu dieser Zeit hatte meine Tochter ihre Ausbildung abgeschlossen und ich konnte es mir finanziell leisten, eine Stelle anzunehmen, in der ich weniger verdiene – und das war die SP. So kam ich zur SP Schweiz als Sekretärin, später als Fraktionssekretärin. Als Alleinerziehende hätte ich mir dies vorher nicht leisten können. Früher gab es ja noch wenige Kitas, meine Tochter ging deshalb in eine Privatschule. Als ich bei der SP arbeitete, habe ich mit der Organisation von Kunstausstellungen begonnen, die dann während zwanzig Jahren viermal pro Jahr im SP-Sekretariat stattfanden. Das war jeweils ein ziemlicher Aufwand, hat mir aber grosse Freude bereitet. Und so wurde zumindest teilweise verhindert, dass Wandschmuck wie Kraut und Rüben aufgehängt wurde. Von 1995 bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2008 arbeitete ich bei Moritz Leuenberger, im Presse- und Informationsdienst, wo ich unter anderem für die Beantwortung von Bürgerbriefen zuständig war. Ausserdem war ich einige Zeit lang Vizepräsidentin meiner Sektion.

Abends habe ich meistens Besuch, ein guter Freund von mir ist fast jeden Abend hier, oft kommen auch andere Freundinnen und Freunde zum Essen, obwohl ich eigentlich gar nicht so gerne koche. Meine Pensionierung habe ich als Anlass genommen, einige Gewohnheiten zu ändern. Ich habe mir einen Hund gekauft, rauche nicht mehr, und ausserdem bin ich Vegetarierin geworden. Zwischen 22 und 22.30 Uhr gehe ich meistens ins Bett. Kürzlich, als ich bereits im Bett war, haben Freunde von mir Steinchen ans Schlafzimmerfenster geworfen, weil sie noch Licht gesehen haben. Aber ich kann ja nicht im Dunkeln lesen. Ich gehe also ziemlich früh ins Bett, lese dann aber immer noch, manchmal bis 1 Uhr morgens.

Aufgezeichnet von Lisa Schädel

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Noch freie Plätze!

Einführung ins Arbeitsrecht

D2.2.1302

24.–25.10.; Hotel Cascada, Luzern
Inhalt: Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamtarbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung.
Referent: Thomas Gabathuler (Rechtsanwalt)

KollegInnen in schwierigen Situationen beistehen und sie beraten

D1.7.1314

7.–8.11.; Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Inhalt: Rolle der Personalvertretung bei individuellen Anliegen einzelner Mitarbeitenden, rechtliche Grundlagen und Abläufe, Gesprächsführung.
ReferentInnen: Roland Christen (Organisationsentwickler), Ursula Hirt (Movendo)

Meine Rechte am Arbeitsplatz praktisch erklärt

D2.2.1311

25.11.; Congress Hotel Olten, Olten
Inhalt: Gesetzliche Grundlagen des Arbeitsrechts, Fallbeispiele.
Referent: Urs Egger (Unia)

Basisseminar Gewerkschaftspolitik

D1.1.1304
26.–27.11.; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Inhalt: Rolle und Entwicklung der Gesamtarbeitsverträge (GAV), Mobilisierung, Funktion der Gewerkschaft, betriebliche Mitwirkung, Auftrag der Personalvertretungen. Referent: Bruno Bollinger (Unia)

Nano, das neue Asbest? (s. S. 16)

Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz

D2.4.1328
5.-6.12.; Hotel Kapplerhof, Ebnet-Kappel

Inhalt: Kommunikation, Konfliktformen und Eskalationsstufen, Interventionsinstrumente. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

TAGUNG

DIE SP IN DER AGGLO: RÜCKZUG ODER OFFENSIVE?

Die SP ist stark in den Städten und kämpft in Landgemeinden manchmal auf verlorenem Posten. Aber was ist mit all den Gemeinden dazwischen? Ungefähr 75 Prozent wohnt in der so genannten Agglomeration. Der besonderen Situation von Agglomerationsgemeinden und den Chancen, die sie der SP bieten, wollen wir an einer Tagung der SP Schweiz zusammen mit der SP des Kantons Zürich auf den Grund gehen.

2. November 2013, 9 bis 16 Uhr

Hotel Spürgarten, Am Lindenplatz, 8048 Zürich-Altstetten

Leitung: Jacqueline Fehr. **Referate:** Nico van der Heiden, Köbi Gantenbein, Céline Widmer, Ludi Fuchs.

Weitere Infos und Anmeldung: www.spschweiz.ch/agglotagung

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos:

abo@spschweiz.ch

Redaktion

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern),

Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

lisa.schaedel@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.9.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 21.10.

Rassismus und Politik



Martine Brunschwigg Graf
ist Präsidentin der Eidg. Kommission gegen Rassismus, a. Nationalrätin

Auf der Seite der Bundesverwaltung entdeckte ich kürzlich unter der Rubrik «Abgeschlossene Rechtsetzungsprojekte» ein Kapitel zur Strafnorm gegen Rassendiskriminierung!

Aus der Logik der Verwaltung mag diese tatsächlich abgeschlossen sein, denn das Volk hat 1994 eine Strafnorm angenommen, welche öffentliche rassistische Äusserungen unter Strafe stellt. Diese Norm ist unabdingbar, denn der Rechtsstaat setzt damit eine rote Linie fest, die nicht überschritten werden darf.

Aber dies ist nicht das Ende der Geschichte. Im Gegenteil. Der Kampf gegen Rassismus, gegen Äusserungen und Handlungen, denen Personen aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit ausgesetzt sind, findet nicht nur in den Gerichten statt.

Die Zurückweisung des anderen verbirgt sich im Herzen und im Gewissen der Menschen; es liegt aber nicht an den Gesetzen, Herz und Gewissen umzugestalten. Dafür braucht es andere Mittel; Prävention etwa, oder Sensibilisierung. Dies findet in der Schule statt und im Sportverein, in der Arbeitswelt, auf dem Wohnungsmarkt sowie in den Medien.

Aber ich will auf keinen Fall die Politik vergessen! Die Verantwortung der Parteien endet nicht bei einigen Sätzen in einem Wahlprogramm. Die Parteien müssen für die Äusserungen und Handlungen ihrer Vertreter – Gewählte sowie lokale und nationale Verantwortliche – Verantwortung übernehmen. Keine Partei ist vor einer Entgleisung sicher, die Frage ist vielmehr: Wie reagiert eine Partei, wenn es so weit kommt? Denunziert sie dies offiziell, ergreift sie Massnahmen gegenüber den Verantwortlichen und, wenn ja, auf welcher Ebene?

Das Wort ist ein mächtiges Instrument in der Politik, sofern man sich seiner mit Bedacht bedient. Man muss das Wort aber auch tatsächlich benützen, insbesondere gegen den Rassismus. Und dabei darf man sich nicht ausschliesslich an die juristischen Aspekte halten. Nicht alles, was nicht verboten ist, ist aus ethischer Sicht auch erlaubt. Es ist vor allem hier, wo der Diskurs der Behörden, insbesondere des Bundesrates, von grosser Bedeutung ist. Aber auch der Bundesrat versteckt sich allzu häufig hinter juristischen Argumentationen.

Eine Erinnerung an die Grundrechte, an ihre Bedeutung und an die Tatsache, dass ein Verstoß gegen sie für die Gesamtheit der menschlichen Gemeinschaft schädlich ist – das würde ich gerne aus den Mündern unserer höchsten Behörden hören!



SPINAS CIVIL VOICES



SAUBERES WASSER IST

DER BESTE KINDERARZT AFRIKAS.

Wünschen Sie sich zum Geburtstag sauberes Trinkwasser für Kinder in Afrika auf WWW.MEIN-WUNSCH.ORG

Unterstützt durch



GLOBETROTTER
REISEN STATT FERIEEN



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt